

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Inge Höger,
Paul Schäfer (Köln) und der Fraktion DIE LINKE.**

– Drucksache 16/10780 –

Beteiligung der Bundeswehr an Veranstaltungen zum Volkstrauertag 2008

Vorbemerkung der Fragesteller

Anlässlich des Volkstrauertages 2007 ist Soldaten der Bundeswehr die Teilnahme an der Gedenkfeier auf dem alten Garnisonsfriedhof am Berliner Columbiadamm verboten worden, Reservisten wurde ein Uniformtrageverbot erteilt. Die Gründe hierfür liegen im rechtsextremistischen Hintergrund der Feier. Dieser wurde sowohl durch den Veranstalter deutlich – einen Reserveoffizier, der in Personalunion sowohl in den Vorständen des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr (Landesverband Berlin) als auch des Ringes Deutscher Soldatenverbände (RDS) Berlin war bzw. ist – als auch durch die Besucher und Ansprachen. Unter anderem wurde von den Rednern die rechtsextremistische Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger sowie die Vereinigung von SS-Veteranen „HIAG“ (HIAG – Hilfgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS e. V.) begrüßt, zugegen waren Vertreter von NPD, DVU und Neonazi-Kameradschaften.

Es bedurfte allerdings erst antifaschistischer Proteste und damit einhergehender Medienaufmerksamkeit, ehe die Bundesregierung den Soldaten die Teilnahme an der Feier verbot. Nach Beobachtungen der Fragesteller ist das Uniformtrageverbot im vergangenen Jahr befolgt worden, einige ältere Herren hatten Anstecker an ihren Jacken mit der Aufschrift „Ich bin Reservist“.

Inwiefern sich der Verband der Reservisten von seinem Vorstandsmitglied distanziert hat, wie die Bundesregierung ausführt (Bundestagsdrucksache 16/7258), kann von den Fragestellern nicht nachvollzogen werden. Fest steht jedenfalls, dass die Berliner Gliederung des Reservistenverbandes unter ihrer Homepage gleich zweimal die Unterstützung einer Veranstaltung zum Volkstrauertag 2008 am 16. November am Columbiadamm annonciert; zuständig hierfür ist offenbar die dem Verband angegliederte „Reservistenkameradschaft 02, Infanterieregiment 67“ (http://reservistenverband.de/lg_berlin/termine.php sowie http://www.reservistenverband.de/be_rk_infanterieregiment67/termine.php).

Die Veranstaltung auf dem alten Garnisonsfriedhof am Berliner Columbiadamm ist aber nicht die einzige, an der sich Rechtsextremisten und Bundeswehr gleichermaßen beteiligen. Nach Informationen der Fragesteller beteiligten sich anlässlich des Volkstrauertages 2007 in Bochum eine Abordnung der

*** Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 18. November 2008 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Bundeswehr sowie des Verbandes Deutscher Soldaten (VDS) Nordrhein-Westfalen gleichermaßen an einer Veranstaltung im Stadtzentrum. Damit ist das Kontaktverbot zwischen Bundeswehr und VDS aus dem Jahr 2004 unterlaufen worden. Dieses Kontaktverbot war damals eine Reaktion darauf, dass das Organ des VDS „Soldat im Volk“ einen unkommentierten Text eines Führungsmitglieds der US-Neonazipartei NSPA veröffentlicht hatte. Auch für dieses Jahr ist in Bochum eine gleichartige Veranstaltung zum Volkstrauertag angekündigt (www.volksbund.de/veranstaltungen/homepage.asp?kategorie=Kategorie+w%C3%A4hlen:&ort=&land=&datum=11).

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundeswehr hat keinen Einfluss auf die Teilnahme von Reservistinnen und Reservisten in Zivil an den genannten Veranstaltungen.

Die Bundeswehr kann eine Teilnahme von Rechtsextremisten an öffentlichen Veranstaltungen zum Volkstrauertag nicht verhindern. Grundsätzlich kann eine gleichzeitige Teilnahme von Angehörigen der Bundeswehr und Rechtsextremisten an öffentlichen Veranstaltungen nur dann verhindert werden, wenn die Bundeswehr vor der jeweiligen Veranstaltung Kenntnis von der Teilnahme von Rechtsextremisten erhält.

1. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wer in diesem Jahr Veranstalter der Gedenkfeier auf dem alten Garnisonsfriedhof am Columbiadamm ist, und falls ja, welche Informationen kann die Bundesregierung hierzu erteilen?

Dem Standortkommando (StOKdo) Berlin ist durch den Landesverband Berlin des Verbandes der Deutschen Reservisten e. V. (VdRBw) die Einladung des Ring Deutscher Soldatenverbände (RDS) Berlin für eine Veranstaltung am Columbiadamm zur Kenntnis gegeben worden.

2. Beabsichtigt die Bundesregierung auch in diesem Jahr, Soldaten der Bundeswehr die Teilnahme an der Veranstaltung zu untersagen und Reservisten ein Uniformtrageverbot auszusprechen, und wenn nein, warum nicht?

StOKdo Berlin hat mit Schreiben vom 6. Oktober 2008 an den Landesvorsitzenden Berlin des VdRBw die Uniformtrageerlaubnis für diese Veranstaltung nicht erteilt und des Weiteren mit einer Standortmitteilung die Teilnahme an dieser möglichen Veranstaltung auf dem Garnisonsfriedhof Columbiadamm für Soldatinnen und Soldaten – und Reservistinnen und Reservisten – in Uniform untersagt.

3. Falls Frage 2 verneint wird: Wird die Bundeswehr die Veranstaltung unterstützen, und wenn ja, in welcher Form (bitte die Zahl der eingesetzten Soldaten und ihre konkrete Verwendung angeben)?

Auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

4. Wie bewertet die Bundesregierung, dass der Reservistenverband Berlin und insbesondere dessen Reservistenkameradschaft 02 die Unterstützung der Volkstrauertagsveranstaltung am Columbiadamm planen, vor dem Hintergrund der mehrfach von den Fragestellern angesprochenen offenen Grenzen zwischen dem Reservistenverband und Organisationen der extremen Rechten?

Das erweiterte Präsidium des VdRBw hat mit Beschluss vom 18. Oktober 2008 festgestellt: „Der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. und seine Mitglieder treten aktiv für die freiheitliche demokratische Grundordnung Deutschlands ein. Extremistische Aktivitäten gleich welcher Art, besonders aber Rechtsextremismus, sind deshalb unvereinbar mit einer Mitgliedschaft im Verband.“

Eine offizielle Teilnahme von Untergliederungen des VdRBw an der Veranstaltung zum Volkstrauertag am Columbiadamm fand nicht statt. Der Veranstaltungshinweis im Internet des VdRBw Regionalseite Berlin zur Veranstaltung zum Volkstrauertag auf dem Garnisonsfriedhof Columbiadamm wurde gelöscht.

5. Hat die Bundeswehr gegenüber dem RDS Berlin ein Kontaktverbot ausgesprochen oder ist ein solches beabsichtigt, und wenn nein, warum nicht?

Nein. Es gibt mit dem RDS keine Zusammenarbeit. Der RDS wirkt nicht in die Bundeswehr hinein, somit fehlt jedwede Grundlage für ein Kontaktverbot.

6. Hat es in diesem Jahr Formen der Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und dem RDS Berlin gegeben, und wenn ja, welcher Art waren diese (bitte Ort, Zeitpunkt, Anlass und Form der Zusammenarbeit angeben)?

Auf die Antwort zu Frage 5 wird verwiesen.

7. Welche Veranstaltungen außerhalb militärischer Liegenschaften wird die Bundeswehr zum Volkstrauertag 2008 selbst durchführen, welche wird sie gemeinsam mit Dritten durchführen, und an welchen Veranstaltungen Dritter will sie sich beteiligen (bitte jeweils Ort, ggf. Mitveranstalter und Zeitraum angeben)?

Die Veranstaltungen zum Volkstrauertag, die durch die Bundeswehr durchgeführt werden oder an denen sie teilnimmt, sind nicht zentral erfasst. Die Ermittlung dieser Veranstaltungen kann deshalb nicht zeitgerecht erfolgen.

Die zentrale Veranstaltung der Bundeswehr am 16. November 2008 fand auf dem Jüdischen Friedhof in Weissensee, Herbert-Baum-Straße, statt.

8. Inwieweit treffen Informationen der Fragesteller zu, denen zufolge anlässlich des Volkstrauertages 2007 in Bochum Soldaten der Bundeswehr und des VDS Nordrhein-Westfalen an einer Veranstaltung teilgenommen haben, und wie bewertet die Bundesregierung dies angesichts des Kontaktverbotes gegenüber dem VDS, das laut Angaben der Bundesregierung explizit auch gegenüber dem VDS NRW gilt (Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium der Verteidigung Thomas Kossendey an die Fragesteller vom 11. Dezember 2007)?

Die Gedenkfeier am 18. November 2007 in Bochum war eine gemeinsame Veranstaltung der Stadt Bochum und des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK). Für die Bundeswehr wurde ein Kranz am Mahnmahl „Trauernde Mutter“ niedergelegt. Eine anschließende Rücksprache mit der Stadt Bochum als Veranstalter ergab, dass auch der Verband deutscher Soldaten e. V. (VdS) während der Veranstaltung einen Kranz niedergelegt hat. Sowohl der Stadt Bochum als auch dem VDK waren keine Gründe dafür bekannt, die einen Abschluss des VdS gerechtfertigt hätten.

9. Wird die Bundesregierung den Soldaten der Bundeswehr in diesem Jahr die Weisung erteilen, von einer Teilnahme an Veranstaltungen des VDS in Bochum und anderswo abzusehen und sich nicht in Uniform an solchen Veranstaltungen zu beteiligen, zu denen der VDS eingeladen ist, und wenn nein, warum nicht?

Die Gedenkveranstaltung am 16. November 2008 in Bochum war eine Veranstaltung des Kreisverbandes Bochum des VDK. Zu der Gedenkveranstaltung ist die Bundeswehr durch Herrn Dr. Christoph Konrad, MdEP und Vorsitzender des Kreisverbandes Bochum eingeladen worden. Das Landeskommando Nordrhein-Westfalen (LKdo NRW) ist dieser Einladung gefolgt. Während der offiziellen Gedenkfeier 2008 wurden drei Kränze durch Vertreter der Stadt Bochum, des VDK und des LKdo NRW am Mahnmal „Trauernde Mutter“ niedergelegt. Ob der Einladende den VdS direkt oder indirekt eingeladen hat, entzieht sich der Kenntnis. Für Veranstaltungen der Bundeswehr und des VdS gilt das Kontaktverbot.

elektronische Vorab-Fassung*